

KINDERGESUNDHEIT

Mehr School-Nurses!

Gudrun Springer

Es ist eine wirklich gute Nachricht, dass die Stadt Wien das Projekt der School-Nurses ausbaut. Dabei nimmt diplomiertes Pflegepersonal mit viel Erfahrung Lehrenden die Betreuung akut erkrankter oder verletzter Schülerinnen und Schüler ab und kümmert sich um die Versorgung chronisch kranker Buben und Mädchen. Im Idealfall ist auch Zeit, über die richtige Ernährung und Bewegung aufzuklären.

Es wäre eine noch bessere Nachricht, wenn diese Initiative auf ganz Österreich ausgerollt würde. Denn jeder in Kinder-gesundheit investierte Euro rentiert sich mehrfach. Auch in Wien fehlt noch viel, bis alle Standorte mit Bedarf eine School-Nurse haben. In Zeiten des Ärztemangels im öffentlichen Gesundheitssystem und der Überlastung des Lehrpersonals hat es Sinn, die Betreuung junger Menschen breiter aufzustellen.

Der Bedarf wächst: Die Liga für Kinder- und Jugendgesundheit beobachtete über die letzten Jahrzehnte einen Anstieg der Zahl der Kinder mit chronischen Erkrankungen. In Österreich sollen mehr als 190.000 Kinder im Schulalter betroffen sein.

Ob der Ausbau des School-Nurse-Projekts glückt, hängt maßgeblich davon ab, ob sich genug Pflegepersonal dafür findet. Klarerweise werden einige Fachkräfte im Zuge des Projekts Kliniken und Pflegeheime verlassen, da ein Arbeitsalltag ohne Nachtdienste und mit deutlich geringeren körperlichen Belastungen winkt. Im Idealfall ist diese Jobperspektive aber auch ein Anreiz, überhaupt im Pflegeberuf zu bleiben.

E-MOBILITÄT

Nicht falsch abbiegen

Regina Bruckner

Für die europäische Autoindustrie sind die Zeiten hart. Donald Trump fährt den Europäern bei Klima- und Zollpolitik in die Parade, die Konkurrenz aus China den Herstellern um die Ohren. Die Entwicklungskosten für die klimafreundlichere E-Mobilität sind hoch, die Gewinne schmelzen, die Nachfrage ist verhalten. Trotzdem müssen die Autobauer auf dem Weg zur Klimaneutralität schon dieses Jahr deutlich mehr E-Autos verkaufen, sonst werden hohe Strafen fällig. Ist das angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage wirklich der richtige Weg? Sollten wir nicht Ziele überdenken?

Eines ist klar: An ökologischer Mobilität führt kein Weg vorbei. Viele können nicht aufs Auto verzichten, da ist das E-Auto ein Teil der Lösung. Das Verbrenner-Aus infrage zu stellen ist keine Option, das Aufweichen der Flottenziele bringt allenfalls einen Aufschub. Im Endeffekt ist es sogar kontraproduktiv.

Vielmehr muss die Politik jetzt Hirnschmalz in flankierende Maßnahmen stecken. Für die Förderung der Nachfrage – sei es durch Kaufprämie, steuerliche Bevorzugung oder Staugebühren für Verbrenner – gibt es zahlreiche Instrumente. Und Industrie und betroffene Arbeitnehmer brauchen Hilfe, Geld für Umschulungsprogramme oder Innovationsförderungen. Mittel dafür könnten durch Umschichtung aus fossilen Subventionen kommen. Jetzt braucht es Ausstiegsstrategien für den Verbrenner statt Abbiegen auf die falsche Spur.

WACHSENDER TREND ZU TEILZEIT

Ein dickes Brett

Karin Bauer

Drei Gründe führen in Österreich zu Teilzeitarbeit und mit über 30 Prozent zu einer europaweit besonders hohen Quote. Erstens: Betreuungspflichten und mangelnde Infrastruktur. Betroffen sind meist Frauen, von denen ein Drittel in Teilzeit genau in dieser Situation ist. Zweitens: Eine Vollzeitstelle in der Branche oder der Region ist nicht zu finden. Drittens: Man kann es sich leisten und will weniger Job.

Diese dritte Gruppe, die noch dazu so qualifiziert ausgebildet ist, dass sie gebraucht wird, wächst unaufhaltsam mit der Erbgeneration. Laut aktuellen Zahlen (Jobplattform karriere.at und AMS) sind rund 16 Prozent der Jobofferte mittlerweile für Teilzeitstellen, und zunehmend werden Vollzeitstellen mit Teilzeitoption geboten, um Bewerberinnen und Bewerber anzulocken. Da kann die Politik sie „asozial“ (Johanna Mikl-Leitner) nennen oder mit der Pensionskeule und Verantwortung für das Gesamtsystem drohen. Das wird ebenso wenig helfen wie fromme Gebete, Firmen mögen die Arbeit so gestalten, dass alle am liebsten Vollzeit plus arbeiten wollen.

An der Adaption der Abgaben-, Steuer- und Versicherungsmodelle inklusive einer Neudefinition von Arbeit über die Erwerbsarbeit hinaus führt kein Weg vorbei. Der Trend lässt sich nicht abschaffen. Das ist ein besonders dickes, zentrales Brett für die künftige Regierung. Ideologie und Verunglimpfung sind die falschen Werkzeuge.



Erste schwarz-rote Anprobe in Berlin

dst.at/cartoons

Immenser Druck auf Merz

Nicht nur in Deutschland, sondern auch international sind neue Ideen und Ansätze gefragt

Manuela Honsig-Erlenburg

Ausgerechnet Friedrich Merz. Zahlreiche Kommentatoren zweifelten in den vergangenen Tagen und Wochen an der Eignung des Unionskandidaten als deutscher und europäischer Führungsfigur. Der polarisierende und unberechenbare Jurist aus dem Sauerland, ältester Bundeskanzler seit dem ersten Nachkriegskanzler Konrad Adenauer, ohne jegliche Erfahrung in einem Regierungsamt, soll die größte europäische Industrienation in diesen turbulenten Zeiten führen?

Die zweckoptimistische Antwort lautet: Die Deutschen haben Traditionslinien und alte Rezepturen abgewählt. Neue Ideen und Ansätze sind gefragt. Das wäre auch die wohlwollende Deutung des historisch guten Wahlergebnisses der extrem rechten AfD. Dass die AfD entgegen eigenen Behauptungen keineswegs einen Schritt in Richtung Normalisierung getan hat, sondern weiter auf Extremismus, Konfrontation und Zersetzung abzielt, ist vielen ihrer Wählerinnen und Wähler offenbar nicht bewusst. Mit ihrer Stimme für Alice Weidel senden sie einen Hilferuf aus: Erkennt die neuen Herausforderungen und begegnet ihnen endlich!

Um den Beweis anzutreten, dass diese Aufgabe nachhaltig nur im demokratischen Umfeld zu bewältigen ist, muss Wahlsieger Merz allerdings erst einmal eine Koalition zimmern. Und zwar eine, mit der Probleme angegangen werden können, ohne wie bisher im Jammertal schnöder Streitigkeiten zu versinken. „Erst das Land, dann die Partei“ – noch nie galt das für demokratische Staaten so stark wie derzeit.

Rechnerisch ist die einzige realistische Option ein „Zweckbündnis“ zwischen der Union und einer – personell neu aufgestellten – SPD. Und sie lässt zumindest die Hoffnung zu, dass die Koalitionsverhandlungen unkomplizierter werden könnten. Mehrere gravierender Streitpunkte – wie die Finanzierung des Staatshaushalts oder die gegensätzlichen Ansätze der beiden Parteien in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik – müssen vorab geklärt werden. Schließlich muss die Migrationsfrage gelöst werden: vernunftbasiert, rechtskonform und mit Augenmaß. Die SPD wird von der Union einen hohen Preis für Schwarz-Rot fordern.

Der Druck, rasch eine neue, handlungsfähige Bundesregierung aufzustellen, ist jedenfalls riesig. Denn ihre Bedeutung geht über Deutschland hinaus. Wie werden sich eine wandelnde Weltordnung, die KI-Revolution in der Wirtschaft und die Klimakrise in Zukunft auswirken und beeinflussen lassen?

Und wie kann auf der europäischen Bühne angesichts der radikalen Kehrtwende der US-Politik unter Donald Trump eine neue Sicherheitsarchitektur entstehen? Der Union wie auch der SPD muss bewusst sein, dass Europa von Deutschland eine führende Rolle bei der

Beantwortung dieser Fragen erwartet – und zwar in engem europäischem Schulterschluss.

Ist Friedrich Merz dieser europäischen Führungsrolle gewachsen? Zumindest gab er sich im Wahlkampf als überzeugter Transatlantiker und Europäer, der Deutschland an der Spitze des weltweiten Kampfes zwischen Demokratien und autoritären Staaten sieht. Nun steht er vor der historischen Herausforderung, den Wählerinnen und Wählern den existenziellen Unterschied zwischen gelebter Demokratie und Autoritarismus auch bewusst zu machen.

KOPF DES TAGES

Die Antwort der SPD auf die Wahlschlappe



Lars Klingbeil greift nach dem Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: AFP/Hartmann

Dass das katastrophale Ergebnis seiner SPD bei der Bundestagswahl eine politische „Zäsur“ bedeutet, räumte am Wahlabend auch Parteichef Lars Klingbeil ein – und forderte einen „Generationenwechsel“ bei den deutschen Sozialdemokraten. In der Tat gab es angesichts des Wahlergebnisses nichts zu beschönigen: Mit 16,4 Prozent hatte die aktuelle Kanzlerpartei mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz so schlecht abgeschnitten wie nie zuvor in ihrer Geschichte.

Was allerdings den geforderten Generationenwechsel betrifft, so läuft es derzeit eher auf eine Light-Version hinaus. Und das liegt ausgerechnet an Klingbeil selbst, der künftig sogar eine noch wichtigere Rolle in der SPD spielen will: Als Vorsitzender der deutlich abgespeckten Bundestagsfraktion dürfte er zum wichtigsten Scharnier zwischen Partei- und Parlamentsarbeit werden.

Klingbeil ist mit Lena-Sophie Müller verheiratet, der Geschäftsführerin der Initiative D21, die sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung befasst. Just am Wahltag wurde er 47 Jahre alt. Damit ist er zwar fast 20 Jahre jünger als der bisherige Fraktionschef Rolf Mützenich oder der noch am-

tierende Kanzler Scholz. Doch ein Newcomer in der Partei ist freilich auch Klingbeil nicht.

Bereits 2003 wurde er einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jusos, 2005 hatte er erstmals ein Mandat im Bundestag inne. 2017 wurde er SPD-Generalsekretär, vier Jahre später folgte die Kür zum Parteichef. Im Führungsduo an der Seite von Co-Chefin Saskia Esken galt er stets als der stärkere Part.

Wer sich mit Blick auf die Kanzlerschaft des mit hanseatischer Zurückhaltung agierenden Olaf Scholz nun einen rasanteren Politikstil von der SPD erhofft, kommt mit Lars Klingbeil nicht unbedingt auf seine Rechnung. Auch der ist kein Mann der lauten Töne. Innerhalb der Fraktion gehörte er zunächst der Parlamentarischen Linken an, 2015 schwenkte er um zum eher konservativen Seeheimer Kreis.

Aber auch Sleeping Silence, der Name der Rockband, deren Sänger und Gitarrist er einst war, beschreibt Klingbeils Charakter nicht wirklich: Der Hobbymusiker mag vielleicht nicht als Hitzkopf bekannt sein, doch bisweilen eckt er an. Jede Menge Ärger handelte er sich etwa ein, als er voriges Jahr die AfD in einer TV-Debatte als Partei von „Nazis“ bezeichnete.

Gerald Schubert

DER STANDARD

Impressum und Offenlegung: **Herausgeber:** Oscar Bronner; **Geschäftsführung:** Mag. Alexander Mitterracker; **Chefredaktion:** Gerold Riedmann, Stellvertretung: Mag. Rainer Schüller, Nana Siebert, Mag. Petra Stüber; **Eigentümerin (100%):** MedieninhaberIn, **Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., A-1030 Wien, Vordere Zollamtsstraße 13; **Hersteller, Herstellungs- und Erscheinungsort:** Mediaprint Zeitungsdruckerei Ges.m.b.H. & Co. KG, 1232 Wien, Richard-Strauss-Straße 16; **Telefon:** 01 53170, Fax-DW: **Redaktion:** 131, Anzeigen: 485, Abo: 330; **E-Mail-Adressen:** vorname.zuname@derStandard.at, leserbriefe@derStandard.at, aboservice@derStandard.at, anzeige@derStandard.at; **Internet:** https://abo.derStandard.at; **Abo-Preise Inland** (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: € 799,90 (493,90), monatlich: € 72,90 (44,90), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: € 189,90 (118,80); **Abo-Service:** 0800 501 508; Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz; © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien; Reichweite: MA 23/24: 6,8%, 529.000 Leser:innen; ÖAK-geprüfte Auflage; **Offenlegung** gem. § 25 MedienG und ausführliches **Impressum** siehe: https://about.derStandard.at/impressum **Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.**



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Mediaprint Zeitungs- & Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H. & Co KG, UW 1063